



Landratspräsidentin
Regula N. Keller
Rathaus
8750 Glarus

27.05.24

Postulat: Fossilfreier ÖV im Kanton Glarus

Sehr geehrte Frau Landratspräsidentin

Gestützt auf Art. 81 der Landratsverordnung reichen wir dem Landrat das nachfolgende Postulat zur Überweisung an den Regierungsrat ein:

Der Regierungsrat wird beauftragt, Bericht zu erstatten, wie und innert welcher Zeit der öffentliche Verkehr auf der Strasse auf Elektrobusse umgestellt werden kann.

Insbesondere sind folgende Punkte zu prüfen:

- **Was die Kostenfolgen der Umstellung (Investitionskosten und laufende Kosten) sind.**
- **Wie diese Kostenfolgen getragen werden.**
- **Wie der Umstieg durch allfällige neue gesetzliche Grundlagen unterstützt werden kann.**
- **Welche Investitionen in Ladeinfrastruktur die Umstellung notwendig macht und wo und wie diese zu realisieren sind.**
- **Was die genaue Strategie des Kantons ist und ob man neben der Beantwortung des vorliegenden Postulats ein schriftliches Strategiedokument erstellen soll.**

Begründung:

Die langfristige Klimastrategie der Schweiz geht davon aus, dass im Sektor Mobilität die Emissionen auf null reduziert werden können. Dafür braucht es insbesondere auch im

öffentlichen Verkehr Investitionen und eine Strategie, um von den fossilen Treibstoffen wegzukommen und erneuerbare Energieträger einzusetzen.

Aus diesem Grund haben sich auch verschiedene Kantone, wie beispielsweise die Kantone Luzern und St. Gallen, aber auch Unternehmen wie Postauto dazu entschieden, E-Busse zu fördern und rasch von den fossilbetrieben Bussen wegzukommen. [Postauto](#) und der [Kanton Luzern](#) haben sich das klare Ziel gesetzt, dass bis 2040 alle Busse fossilfrei sein sollen. Der [Kanton St. Gallen](#) gibt mit seiner Strategie den konzessionierten Transportunternehmen vor, wie und in welcher Frist auf elektrisch betriebene Busse umgestellt werden kann. Der Kanton Glarus hinkt hier hinterher. Zwar hat sich der Kanton Glarus in der Energieplanung 2035 vorgenommen bis Ende 2023 eine Strategie «erneuerbar angetriebene Busse» auszuarbeiten. Dieses Ziel wurde auch im Zwischenbericht bestätigt. Das Umsetzungskonzept wurde bisher aber nicht veröffentlicht oder angekündigt. Die betroffenen Transportunternehmen im Kanton beschaffen weiterhin Dieselbusse.

Die Antragstellenden möchten, dass mit diesen wichtigen Arbeiten auch im Kanton Glarus nicht länger zugewartet wird und hier schneller vorwärts gemacht wird: Busse des öffentlichen Verkehrs stellen langfristige Investitionen dar und haben eine lange Lebensdauer. Im Bestellverfahren wird davon ausgegangen, dass ein Bus bis 15 Jahre im Einsatz stehen wird. Ein rascher Umstieg ist nicht nur ökologisch und ökonomisch interessant, sondern es dürfte für den Kanton Glarus auch ein Marketingargument sein, wenn der öffentliche Verkehr im gesamten Kanton fossilfrei ist. Dies lässt sich aufgrund der verhältnismässig geringen Anzahl Fahrzeuge rasch erreichen.

Es kommt hinzu, dass mit der Neuauflage des CO₂-Gesetzes, welches unter dem Vorbehalt des Referendums verabschiedet worden ist, ab 1. Januar 2026 bzw. ab 1. Januar 2030 die Mineralölsteuerbefreiung für den öffentlichen Verkehr abgeschafft wird. Dies führt dazu, dass die Kosten für den Kanton unmittelbar ansteigen werden, solange Dieselbusse eingesetzt werden. Im CO₂-Gesetz ist zudem vorgesehen, fossilfrei betriebene Busse finanziell zu unterstützen. Der Bund übernimmt aber nicht sämtliche Kosten, sondern erwartet von den Kantonen ebenfalls eine Beteiligung. Zudem werden auch Investitionen in die Infrastruktur notwendig.

Der Kanton muss also bereit sein. Die Umstellung lohnt sich insbesondere auch für die Staatskasse und ist aufgrund der langen Lebensdauer der Fahrzeuge und dem Inkrafttreten des CO₂-Gesetzes dringlich.

Es müssen und können heute bereits Anreize geschaffen werden, damit wir unseren Treibhausgasausstoss im Sektor Mobilität reduzieren und nicht mehr unnötig länger in Fahrzeuge investieren, die im Betrieb deutlich teurer werden. Da die konzessionierten

Transportunternehmen im regionalen Personenverkehr keinen Gewinn erwirtschaften dürfen, können sie Elektrofahrzeuge erst beschaffen, wenn Kanton und Bund als Besteller die entsprechenden Mittel im Rahmen des Offertverfahrens genehmigen.

Mit dem vorliegenden Postulat wird angestrebt, die notwendigen Grundlagen rasch zu erarbeiten und Auskunft über die kommenden Schritte zu geben. Dabei soll der Fokus aber auf der Umsetzung liegen. Ob ein Strategiedokument, analog dem Beispiel des Kantons St. Gallen, in den überschaubaren Verhältnissen des Kantons notwendig ist, hat der Regierungsrat darzulegen.

Wir bitten den Landrat, unser Postulat zu überweisen und danken für die Unterstützung.



Kaj Weibel

Vizepräsident Grüne / Junge Grüne Fraktion



Cinia Schriber